Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., zweimonatlich 2 M., einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nummer 5382 des amtlichen Zeitungs-Verzeichnisses.

Für die Redaktion verantwortlich J. V.: Albert Herling in Halle.

[Fernsprechverbindung mit Berlin und Leipzig.] Anschluß-Nr. 176.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Fünfundzwanzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 60 Pfg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

[Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 98. **Halle a. d. Saale, Mittwoch den 29. April** **1891.**

Bestellungen
auf die Saale-Zeitung für die Monate Mai und Juni werden von allen Reichspostanstalten zum Preise von 2 M., für Halle von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen zum Preise von 1,70 M angenommen.

Die Expedition.

In ernster Zeit.

„Ernste Zeiten sind es, in denen wir leben, und schlimme stehen uns vielleicht in den nächsten Jahren bevor." So soll, nach dem amtlich noch jetzt nicht beglaubigten Wortlaut eines offiziösen Blattes, der Kaiser beim Galadiner nach der Fahnenweihe gesprochen haben. Die vielbemerkte Rede wurde in einem rein militärischen Kreise gehalten, war wohl nur für diesen militärischen Kreis bestimmt und die Befürchtungen, die vom Auslande an einige Stellen, besonders an die von den „Kameraden an der Grenze", geknüpft wurden, haben mehr als Anzeichen einer gesteigerten Nervosität ihre Bedeutung als in dem konkreten Sinn, den ihnen der Kriegsherr inmitten seiner Soldaten gab. Wenn der deutsche Kaiser an seines Ahnherrn Albrecht Achilles Ausspruch erinnert: „Ich kenne keinen reputierlicheren Ort, zu sterben, als in der Mitte meiner Feinde," dann weiß in Deutschland jedes Kind, daß ein Hohenzollern nimmermehr an einen Angriffskrieg denken, sondern nur bestrebt sein kann, für den Fall äußerster Noth die freudige Zuversicht seines Volkes in Waffen zu stählen. Daß dieser äußerste Fall so lange als irgend möglich hinausgezögert und dem Vaterlande der Appell an das Schwert erspart werden wird, dafür bürgen unzählige Friedensworte des Kaisers, der zu jeder Stunde, dessen sind wir gewiß, die Macht haben wird und die unbeirrte Entschlossenheit, jene Partei von sich zu weisen, die dem bewaffneten Schrecken ohne Ende das friegerische Ende mit Schrecken vorgezogen zu sehen wünscht; dafür bürgt auch die nüchtern erwägende Art des jetzigen Kanzlers, der, keine ungewöhnlich glänzende Persönlichkeit, doch schon darum am rechten Platze steht, als der rechte Mann, weil er blindem Dreinstürmen auf allen Gebieten durchaus abgeneigt ist. Auch nach Moltke's Tode wird, daran darf kein Zweifel gelten, nicht eine hoffentlich nur von der Legende geschaffene „Kriegspartei" die Geschicke der deutschen Nation bestimmen, sondern die Losung des Mannes, den man heute der schlesischen Erde übergiebt: „Erst wägen, dann wagen."

Aber, auch das darf man sich nicht verhehlen, unser geistiges Nationalvermögen hat einen schweren Verlust erlitten und ärmer gehen wir ernster und vielleicht schlimmer Zeit entgegen. Moltke war von denen, die durch ihre Thaten nicht nur, die durch ihren Namen gelten und durch ihre Persönlichkeit. Den Feinden ein Schrecken, war dieser Greis seinem Lande ein Hort, ein letztes Band zwischen alter und neuer Zeit, und das Bewußtsein schon, daß er wachte, übte beruhigenden und sänftigenden Einfluß. Nichts Unkluges konnte und nichts unklug leichtlich geschehen, so lange er als die größte militärpolitische Autorität mit im Rathe saß. Und in demselben Augenblick, der uns diese hoheitsvolle Gestalt für immer entrückte, trifft auch das Baarvermögen des deutschen Volkes ein harter Verlust: Zehntausende von Bergarbeitern aus dem Ruhrrevier, aus Sachsen, Schlesien, dem Saar- und dem Wurmgebiet haben beschlossen, die Arbeit einzustellen, um ihren ausständigen Genossen im Lohnkampfe beizustehen. Jede Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß innerhalb weniger Tage der Streik über einen großen Theil von Deutschland und Belgien sich erstreckt haben wird, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß auch die englischen und die schottischen Grubenarbeiter dem Beispiele der Kameraden zum großen Theil folgen werden, wie sie auf dem internationalen Bergarbeiter-Kongreß zu Paris es in Aussicht gestellt hatten. Schon jetzt ist der Markt verstört, schon feiern umfassende Eisenwerke und bei der Hartnäckigkeit, mit der auf beiden Seiten der Interessen-Standpunkt vertreten wird, scheint ein Arbeitskrieg von gewaltigen Dimensionen sich anzukündigen, in dessen Gefolge das trostlosete Elend einherzieht und die bitterste Noth. Wahrlich: ernste Zeiten sind es, in denen wir leben!

Ueber den Ausstand selbst und seine unmittelbaren Ursachen läßt sich, so lange die Nachrichten sich verwirrend überstürzen, nichts Sicheres sagen. Am 15. Februar haben die Bergarbeiter zum Theil völlig unerfüllbare Forderungen erhoben, weil ihnen die günstige Lage des Kohlenmarktes und die reichen Gewinne der Unternehmer den Glauben erweckten, nun könnten sie lange zurückgehaltene Wünsche mit Gewalt durchsetzen. Dabei bedachten sie nicht, daß sie in kritischen Zeiten, die niemals ausbleiben, vom Arbeitgeber, ob er auch mit Verlust wirthschaftet, in ungeschmälerter Höhe ihren Lohn fordern. Es war aber auch ein Fehler, daß die Zechenverwaltungen auf die entsprechenden Eingaben im Februar gar nicht oder mit offenem Hohn antworteten, daß sie der Lehren vom Ausstande des Jahres 1889 nicht mehr gedachten und wiederum nur auf die Macht ihre Zuversicht bauten. Vielleicht, daß ein gutes Wort auch diesmal einen guten Ort gefunden hätte. Die Grubenarbeiter, die man allzu lange patriarchalisch bedrückt hat, sind sehr empfindlich für üble Behandlung und sie haben es nicht verwunden, daß die Zechenverwaltungen, entgegen den mahnenden Worten des Kaisers, mit ihnen nicht die nothwendige Fühlung bewahrt haben. Auf den verschiedensten Seiten, in der „Kreuz-Ztg." sogar, giebt man zu, daß die Bergwerksbesitzer große Fehler begangen haben, und es ist nicht sicher, ob die Versammlung vom letzten Sonntag zur Proklamirung des allgemeinen Streikes gekommen wäre, wenn durch Hohn und Drohungen nicht die Arbeiter zu dem Glauben geführt worden wären, man wolle ihnen auch berechtigte Ansprüche nicht erfüllen. „Die Führer können die Bewegung nicht mehr zurückdrängen," hieß es in Bochum und selbst sonst nüchterne Männer, sprechen die Ansicht aus, in Güte sei „nichts mehr zu machen."

Nun ist die Lawine, die vielleicht noch zu halten war, losgebrochen und sie rollt hinab, ins Ungewisse. Hoffen muß man und ernstlich wünschen, daß auf beiden Seiten bald guter Rath kommt und verständige Einsicht in das, was billig zu fordern und zu gewähren ist. Besonders die Arbeiter kann man, schon weil sie die wirthschaftlich ungleich Schwächeren sind, nicht oft und nachdrücklich genug zu bescheidener Mäßigung mahnen. Es sieht aber fast so aus, als hätte es auf ihr Gerechtigkeitsgefühl keinen günstigen Einfluß geübt, daß ihnen der Ausstand von 1889 in zehn Monaten jetzt den Verdienst gebracht hat, den sie früher in zwölf Monaten sich erarbeiten mußten, als hofften sie, nunmehr mit der achtstündigen Arbeitszeit incl. Aus- und Einfahrt auch noch eine Lohnerhöhung durchzusetzen. Ein Irrthum war es, als man annahm, auf dem pariser Kongreß habe die gesunde Vernunft gesiegt und die ruhige Mäßigung: die belgischen Arbeiter rüsten zu einem politischen Ausstand, der ihnen das Wahlrecht bringen und eine erste Probe auf die proletarische Massenmacht darstellen soll, und in Deutschland hat ein neuer allgemeiner Ausstand unter Kontraktbruch begonnen.

Ein Irrthum wäre es auch, ein sozialistischer oder ein weichmüthig-humaner, die Grubenbesitzer insgesammt für „Ausbeuter" zu halten und für hochfahrende „Kohlenbarone." Ihre Fehler haben wir nie verschwiegen, jetzt aber kämpfen sie für ihre Haut, und so sehr sie vor neuen Fehlern sich hütten hüten müssen, so wenig ist es ihnen zu verargen, wenn sie unberechtigten Forderungen auch in schwerster Bedrängniß nicht nachgeben. Sie sind verloren, wenn es sich ergiebt, daß die Masse der Arbeiter unwiderstehlich ist, denn dann kennen die Ansprüche keine Grenzen mehr. Darin hat Fürst Bismarck ganz sicherlich recht, daß der Arbeiter niemals, auch mit äußerster Humanität nicht, zufrieden zu stellen ist, daß er im Besitz eines Fingers sofort nach der ganzen Hand greift.

Auch darin hat er recht, daß die Lohnkämpfe ohne staatliches Dazwischentreten „vor der Front der Arbeitgeber" ausgefochten werden müssen. Es wäre manche trügerische Illusion nicht erst genährt worden und manches ungeschehen geblieben, wenn man im Frühjahr 1889 nach dieser Richtung aus bestem Willen nicht manches versehen hätte. Krone und Staat sollen das Schwergewicht ihres Ansehens in keine der schwankenden Wagschalen legen, sie sollen für Ruhe und Frieden sorgen, die Dinge scharf überwachen, aber nicht sich hineinmischen. Von den hochliegenden sozialreformatorischen Plänen der letzten zwei Jahre ist nicht viel mehr als eine schmerzliche Enttäuschung zurückgeblieben: Die Begehrlichkeit ist mächtig gewachsen, über Gebühr dehnen sich die Ansprüche aus, und die heilen wollten, stehen nun häufig bestürzt ob des Erfolges ihrer Kurversuche. Die Meldung, daß der Oberpräsident von Westfalen die Behörden angewiesen hat, den kontraktbrüchigen Arbeitern ihre Vermittelung in allen Fällen zu versagen, ist ein erstes Symptom der Enttäuschung und der Rückkehr zu kühlerer Betrachtung dieser unendlich schwierigen und komplizirten Verhältnisse, deren ein blos enthusiastisches Wollen nimmermehr Herr zu werden vermag.

„Es sind ernste Zeiten, in denen wir leben, und schlimme stehen uns vielleicht in den nächsten Jahren bevor." Nicht von außen her, nicht vom Feinde, gegen den man sich auf die Waffen berufen kann und auf die Armee, die doch nur das Volk in Waffen, nicht eine privilegirte Kaste darstellt, braucht uns erst die Gefahr zu kommen. Sie ist uns schon nahe und in allen Herzen lebt heute, am Tage des Scheidens von Einem, der kühn, doch auch kühl war, der eindringliche Wunsch, es möchte in ernster Zeit nur das gelassene Wägen zum Wort kommen und das vorsichtige Wagen. In offener Feldschlacht ist begeistert fortstürmender Wagemuth mitunter, nicht immer, am Platze. Der Friede aber, der politische wie der wirthschaftliche, ist ein gar stiller und zarter Gefährte: vor großen Worten und allzu keckem Unterfangen eilt er davon.

Deutsches Reich.

* **Berlin,** 27. April. Se. Maj. der Kaiser fuhr heute vormittag auf der Rückkehr von einer Spazierfahrt beim Reichskanzlerpalais vor und nahm daselbst den Vortrag des Reichskanzlers entgegen. Im königlichen Schlosse empfing der Kaiser dann den kommandirenden General des Garde-Corps General der Infanterie Frhrn. v. Meerscheidt-Hüllessem und nahm später die persönlichen Meldungen des Generals Grafen Lehndorff und des Generals à la suite des Kaisers Alexander von Rußland, Grafen Golenitscheff-Kutusoff entgegen, welche beide auch mit einer Einladung zur kaiserlichen Frühstückstafel beehrt wurden. Früh 7 Uhr bereits hatte der Kaiser die internationale Kunstausstellung besucht. Se. Maj. wurde von dem gesammten Vorstand des „Vereins Berliner Künstler" — an der Spitze Anton v. Werner und Architekt Hoffacker — empfangen, durchschritt sämmtliche Räume, musterte scharf die hervorragendsten Gemälde und Bildwerke und sprach wiederholt seine lebhafte Befriedigung über das glänzende Gelingen der Ausstellung aus. Der Monarch verweilte zwei volle Stunden in der Ausstellung. Um 3 Uhr erschien die Kaiserin im Ausstellungspalast. Wie verlautet, hat die Kaiserin Friedrich ihren Besuch in der Ausstellung, deren Protektorin sie ist, für den 29. April angekündigt. — Die Kaiserlichen Majestäten werden, so weit bis jetzt bestimmt, am Freitag dieser Woche nach dem Neuen Palais bei Potsdam übersiedeln. Die Kaiserlichen Prinzen begeben sich wie der gesammte kaiserliche Hofstaat bereits am Tage zuvor dorthin. — Prinz Albrecht hat seine Badekur in Baden-Baden beendet und trifft zur Theilnahme an den Trauerfeierlichkeiten für den Generalfeldmarschall Moltke morgen früh in Berlin ein. Prinz Leopold von Baiern trifft heute abend ein; ferner der Großherzog und der Erbgroßherzog von Sachsen, der Prinz Heinrich, der Großherzog von Baden, der Großherzog von Hessen. — Der Erbgroßherzog von Baden wird morgen früh in Berlin zurückerwartet. — Der Erbprinz von Sachsen-Meiningen ist von seiner Instruktionsreise zurückgekehrt. — Die Frau Prinzessin Friedrich Karl wird in kurzem sich nach Italien begeben. — Die Prinzessin Alix von Hessen hat sich heute zum Besuch der Kaiserin Friedrich nach Homburg begeben.

≈ **Berlin,** 27. April. Mit größter Bestimmtheit wird in diplomatischen Kreisen entgegen früheren Meldungen angenommen, daß Herr Herbette, der französische Botschafter, nur noch bis zum üblichen Sommerurlaub auf seinem Posten verbleiben und dann durch eine noch nicht bestimmte Persönlichkeit ersetzt werden wird. In der Botschaft selbst hatte man den immer wieder auftauchenden Gerüchten von seiner Abberufung bis jetzt entschieden widersprochen. Ebenso bestimmt verlautet ferner, Graf Münster werde zum Sommer ebenfalls durch eine geeignetere Kraft ersetzt werden und von dem Sommerurlaube, den er alljährlich in Hannover zu verbringen pflegt, nicht wieder nach Paris zurückkehren.

Berlin, 27. April. Aus einer der russischen Botschaft nahe stehenden Quelle wird die Meldung auswärtiger Blätter, Rußland habe in Steyr größere Waffenlieferungen bestellt und zu diesem Zwecke einen General nach dort entsandt, welchem indessen eine abschlägliche Antwort zutheil geworden wäre, in allen ihren Einzelheiten als eine tendenziöse Erfindung bezeichnet. Der Bedarf russischer Gewehre wird in vollem Umfange durch französische Staatswerkstätten gedeckt.

△ **Berlin,** 27. April. Graf Waldersee, der am Sonnabend sich nach Altona zurückbegeben hatte, ist heute zur Leichenfeierlichkeit des Grafen Moltke hier wieder eingetroffen. Sicherem Vernehmen nach hat der große Todte gewünscht, Hofprediger Stöcker solle seine Einsegnung vollziehen, eine Bestimmung, welche sich jedoch aus naheliegenden Gründen nicht gut ausführen läßt. Dem Kaiser dürfte es sicherlich nicht zusagen, bei dieser Gelegenheit mit dem in Ungnade gefallenen Hofprediger zusammenzutreffen. Für letzteren hatte Graf Moltke von jeher eine besondere Sympathie bethätigt.

≈ **Berlin,** 27. April. An Stelle des Herrn v. Restowski hat Herr Wilhelm Steinrück für das Kaiserliche Konsulat in Mailand das Exequatur der italienischen Konsulta erhalten.

Dem Vernehmen nach hat der Kaiser aus Anlaß der Annahme der Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen und der großen Mehrheit, mit welcher diese Annahme erfolgt ist, ein Glückwunschschreiben an den Minister des Innern gerichtet.

Der Bundesrath dürfte sich bereits in der heutigen Plenarsitzung mit dem Antrage auf Annahme der Einladung der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika zur Beschickung der Chikagoer Weltausstellung befassen. In dem Antrage ist die Summe, welche bei Annahme der Einladung zur Ausführung der Beschickung der Ausstellung nothwendig sein würde, nicht angegeben, sondern nur die prinzipielle Frage der Beschickung zur Entscheidung gestellt. Wir hören, daß nach Annahme des erwähnten Antrages zunächst eine mäßige Summe für die nothwendigen Vorarbeiten, die seitens des Reichsamts des Innern vorgenommen werden sollen, zur Verfügung gestellt werden soll. Erst wenn Näheres über den Umfang und die Art der Betheiligung der deutschen Kunst und Industrie bekannt sein wird, soll ein erheblicher Betrag in Anspruch genommen werden, welcher die Sicherheit einer würdigen Vorführung der deutschen Erzeugnisse bieten würde.

Einen häßlichen Mißklang tragen in die allgemeine Trauer über Moltke's Hinscheiden die „Hamb. Nachr.", das Organ des Fürsten Bismarck. Das Blatt schreibt in seinem Moltke-Artikel:

„Das unheimliche Gefühl einer Art von Verwaisung des jetzigen Deutschen Reiches gewinnt in solchen Augenblicken Gewalt über das deutsche Volk und verstärkt so manche Empfindung der Beunruhigung, die es der ungewissen Zukunft den neuen Männern gegenüber hegt, in deren Hand das Wohl und Wehe des Vaterlandes gegeben ist. . . . Besonders schwer wird der Verlust Moltke's vom jetzigen Kaiser empfunden werden, der auf die Kunde von Moltke's Ableben hin sofort aus Thüringen nach Berlin zurückgeeilt ist. Die Gegenwart des gefeierten Helden an der Seite des jungen Monarchen bei allen festlichen und sonstigen Anlässen war ein Moment von nicht zu unterschätzender Bedeutung; das fällt jetzt fort. Mit schwerem Herzen mag auch Fürst Bismarck auf den vom Tode ereilten treuen Genossen blicken. Die im Leben vereint so Großes schufen — nun hat sie der Tod getrennt; gänzlich vereinsamt ragt die Riesengestalt des größten Repräsentanten jener ruhmreichen Epoche deutscher Geschichte, die seinen Namen trägt, in die Gegenwart hinein. Kaiser Wilhelm todt, Moltke todt — nur Fürst Bismarck lebt noch in der Einsamkeit seines Sachsenwaldes. Nicht mehr „des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr hält ihn im Gleise," sondern der Wunsch, dem Vaterlande, das er mit Moltke's Hilfe unter Kaiser Wilhelm I. schuf, auch ferner zu nützen, bis an's Ende seiner Tage, soweit seine Macht und seine Kraft hierzu reichen . . ."

Ob diese bissigen Bemerkungen direkt Friedrichsruher Ursprungs sind, kann zweifelhaft erscheinen, bedauerlich genug, daß sie in einem dem Fürsten so nahe stehenden Blatte sich finden.

* Die „Hamb. Nachr." melden, Graf Herbert Bismarck trete demnächst eine größere Reise nach England an. Die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910429012/fragment/page=0001

Fürstin Bismarck ist seit einiger Zeit leidend, sodaß Prof. Dr Schweninger berufen werden mußte; Fürst Bismarck dagegen befindet sich sehr wohl.

* Von Emin Pascha kommen beunruhigende Nachrichten. In Hamburg eingetroffene Privatberichte melden, daß Emin zahlreiche Gefechte mit Eingeborenen und Arabern zu bestehen hatte; man glaube, Emin werde militärische Hilfe erhalten. — Gleichzeitig laufen dunkle Gerüchte um über den Verlauf der Expedition des Lieut. Langheld. Derselbe war von Emin im August v. J. nach Urambo gesandt, von wo er nach Ordnung der Verhältnisse wieder zu Emin stoßen sollte. Lieut. Langheld hatte in den folgenden Monaten eine Reihe von Gefechten mit den Eingeborenen zu bestehen, von denen eines bekanntlich für ihn und seine Expedition unglücklich verlief. Aus einem Schreiben Emins vom 4. Dezember v. J. ist nun zu ersehen, daß Lieut. Langheld noch immer nicht bei ihnen angekommen ist. Jetzt erhält nun die „Voss. Ztg." einen Privatbrief aus Dar-es-Salaam vom 1. April, in welchem es heißt, daß Lieut. Langheld wieder auf dem Wege zu Emin mehrere sehr blutige Gefechte geliefert habe, infolgedessen sich seine nur ca. 40 Mann zählende Truppe verschossen und nun nicht wagen könne, sich durch das im Aufstand befindliche Unlamwesi-Gebiet durchzuschlagen. Er habe sich bei Ulusui verschanzt, um einen Nachschub von Munition 2c. oder eine Entsetzung zu erwarten. — Nach einer londoner Meldung vom Montag ist Emin nunmehr nach dem Tanganikasee abgereist. Nach derselben Meldung hätten die deutschen Behörden die Araber in Tabora und Umgegend aufgefordert, ihre Waffen auszuliefern, was indessen abgelehnt worden sei.

* Ueber die Entwicklung des Personenverkehrs auf den preußischen Staatsbahnen in den letzten fünf Jahren veröffentlicht heute der „Reichsanz." eine Statistik. Danach ist nicht nur der Gesammtverkehr und die Gesammteinnahme, sondern auch trotz des steten Zuganges einer großen Anzahl wenig ertragreicher Nebenbahnen in den letzten fünf Jahren auch der kilometrische Verkehr und der kilometrische Ertrag von Jahr zu Jahr gestiegen.

* Nach amtlicher Feststellung hatten die Löhne der Arbeiter auf den Schiffswerften von 1884/85 auf 1889/90 durchschnittlich eine Steigerung von 16,3 Proz. erfahren. In der letzten Zeit sind sie von neuem und zwar so gestiegen, daß erhebliche Mehrforderungen in den Marine-Etat für 1891/92 zu diesem Zweck eingestellt werden mußten.

* **Mannheim**, 27. April. Der Großherzog hat die Einladung zur Theilnahme an der zu Pfingsten hier stattfindenden Deutschen Lehrer-Versammlung angenommen und wird der Versammlung am Eröffnungstage beiwohnen.

* **Dresden**, 27. April. Die Polizeidirektion sowie die Amtshauptmannschaften Dresden-Altstadt und Dresden-Neustadt haben für ihre Bezirke auch das Unternehmen von gruppenweisen Ausflügen am 3. Mai untersagt.

* **Marienwerder**, 27. April. Amtliches Wahlresultat. Bei der am 23. d. stattgehabten Reichstags-Ersatzwahl im Wahlkreis Stuhm-Marienwerder sind im ganzen 12,185 Stimmen abgegeben worden. Davon erhielten Landrath Wessel aus Stuhm (Reichsp.) 6289, v. Ossowski (Pole) 5514, Hobrecht (nl.) 173 und Jochem (Soz.) 177 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

* **Berlin**, 27. April. S. M. Kanonenboot „Wolf", Kommandant Korvetten-Kapitän Hellhoff, ist vorgestern in Amoy eingetroffen und beabsichtigt am 12. Mai nach Takau wieder in See zu gehen.

Zum Tode Moltke's.

Aus Berlin wird uns geschrieben: An der Bahre des Grafen Moltke fand am Montag abend 8 Uhr eine Trauerandacht statt, an welcher nur der engste Familienkreis theilnahm. In den Nachmittagsstunden bis zur Dunkelheit war wieder dem großen Publikum der Trauerraum freigegeben, zu dem Tausende drängten. Der Präsident des Reichstags v. Levetzow wird vor der Leichenfeier am Dienstag vormittag namens des Reichstags eine Blumenspende am Sarge des entschlafenen Reichstagsabgeordneten niederlegen. Zu der am Dienstag vormittag 11 Uhr stattfindenden Trauerfeier, an welche sich die Ueberführung der Leiche nach dem Lehrter Bahnhof anschließt, haben auch die Präsidenten des Reichstags und der beiden Häuser des Landtags Einladungen erhalten. Die Mitglieder des Reichstags, welche an der Ueberführung theilnehmen, sammeln sich an dem Generalstabsgebäude. Die Beisetzung erfolgt in dem bei dem Gute des Verstorbenen in Creisau belegenen Mausoleum. Zur Ueberführung der Leiche hat der Eisenbahnminister v. Maybach einen Sonderzug zur Verfügung gestellt. Zu demselben hat er dem Präsidium des Reichstags 20 Karten übersandt. Die Abfahrt erfolgt 7 Uhr 25 Min. früh vom Lehrter Bahnhof, Ankunft in Creisau 2 Uhr Nachmittags; Abfahrt 5 Uhr 12 M. abends, Ankunft Berlin Bahnhof Friedrichstraße 11 Uhr 6 M. nachts. Nach dem Beschluß des Seniorenconvents erhält die Fraktion der Konservativen 5, Centrum 4, Freisinnige 3, Nationalliberale 2, Polen 1 Karte. An der Beisetzung nehmen außerdem Theil die Präsidenten und die Schriftführer Schmidt-Elberfeld und Wichmann.

Das Telegramm, welches der Kaiser unter dem Eindruck der ersten Nachricht vom Tode Moltke's an die berliner Verwandten des Feldmarschalls schickte, lautet:

Bin wie betäubt. Eile sofort zurück. Bitte Hahnke vorläufig wegen Trauerfeierlichkeiten konsultiren. Habe eine Armee verloren und kann es nicht fassen.

In parlamentarischen Kreisen wird erzählt, Moltke habe Mitgliedern der konservativen Partei in den letzten Tagen noch wiederholt ausgedrückt, er stimme für alle Maßnahmen, welche Vermehrung der Reichsfinanzen bezweckten, denn das Reich werde großer Mittel benöthigen, um gerüstet Angriffen seiner Feinde Widerstand leisten zu können. Man dürfe nicht warten, bis Gefahr im Verzuge sei, wovon im Augenblick ja keine Rede sein könnte. Diese Aeußerung wird gleichlautend von mehreren Seiten verbreitet.

Im Foyer des Reichstags wurde gestern, der „Post" zufolge, erzählt, Fürst Bismarck würde heute in Berlin eintreffen. Der ehemalige Reichskanzler habe es sich nicht nehmen lassen wollen, der Trauerfeier für den verstorbenen Feldmarschall beizuwohnen. — Der König und Prinz Georg von Sachsen werden zur Einsegnung der Leiche in Berlin eintreffen. — Der Prinzregent von Baiern hat eine achttägige Armeetrauer angeordnet. — Prinz Leopold von Baiern, welcher gestern früh mit dem Chef des Generalstabes der baierischen Armee, Generallieutenant von Staudt, nach Berlin abgereist ist, überbringt einen prachtvollen Kranz des Prinzregenten. In Hof hat sich der kommandirende General des II. Armee-Corps, Generallieutenant v. Parseval, dem Prinzen Leopold angeschlossen. — Der Militärbevollmächtigte bei der baierischen Gesandtschaft in Berlin, Ritter v. Haag, ist beauftragt, im Namen der baierischen Armee einen Trauerkranz auf dem Sarge Moltke's niederzulegen. — Der König von Würtemberg läßt sich bei der Trauerfeier durch den Flügeladjutanten Oberstlieutenant Freiherr v. Reischach vertreten. Als Vertreter des XIII. Armeekorps gehen der Kommandeur desselben, General v. Wölkern, und der Chef des Generalstabes, v. Gilgenheimb, nach Berlin. — Der Großherzog von Hessen begab sich gestern abend nach Berlin, um der Leichenfeier beizuwohnen.

Auch die londoner Blätter vom Montag widmen dem hingeschiedenen Moltke ehrende sympathische Nachrufe. Der „Standard" sagt, Moltke's Anspruch auf unverwelklichen Ruhm beruhe auf der Thatsache, daß er einer der Schöpfer des deutschen Reiches gewesen sei, in Moltke sei das Ideal römischer Tapferkeit und Einfachheit wieder auferstanden. Die „Times" feiert Moltke als einen Organisator des Krieges, mit dem seit Napoleon I. kein anderer verglichen werden könne.

Die meisten schweizerischen Blätter ohne Ausnahme der Parteistellung widmen Moltke sympathische Nachrufe, in denen derselbe als einer der größten Strategen aller Zeiten und Völker bezeichnet wird. Die Blätter erinnern an die Zuneigung Moltke's der Schweiz gegenüber, in welcher er oft und gern geweilt habe.

Der türkische Sultan sandte, nachdem er durch den deutschen Botschafter v. Radowitz von dem Hinscheiden Moltke's in Kenntniß gesetzt worden war, ein in den wärmsten Ausdrücken abgefaßtes Beileidstelegramm an Kaiser Wilhelm, in welchem der großen Dienste gedacht wird, die der verewigte Generalfeldmarschall der Türkei geleistet habe.

Bergarbeiterstreik.

Der „Reichsanzeiger" bestätigt heute, daß die betheiligten Behörden der allgemeinen und der Bergverwaltung im Auftrage der Minister für Handel und Gewerbe und des Innern durch die Oberpräsidenten von Rheinland und Westfalen angewiesen worden sind, den unter Kontraktbruch ausständigen Bergarbeitern in Rheinland-Westfalen ihre Vermittelung im Falle der Anrufung zu versagen.

Wie heute in Ergänzung eines gestrigen Telegramms weiter gemeldet wird, waren am Montag früh von 26 Zechen im Stadt- und Landkreise Essen nur die Belegschaften von 7 theilweise ausständig, nämlich Schacht „Wolfsbank" und Schacht „Lewin" vom Essener Bergwerkverein, wo im ganzen nur 368 Mann von angeführ 800 unter Tage angefahren sind, Schacht „Wilhelm" von Zeche „Königin Elisabeth," wo nur 96 unter Tage angefahren sind, während auf dem andern Schacht der Zeche alles arbeitet, ferner Zeche „Vereinigte Hagenbeck" bei Allendorf, wo von 700 nur 209 Mann angefahren sind, Zechen „Heisinger Tiefbau" bei Kupferdach „Johann" bei Stelle und „Bonifacius" bei Kray. Die „Rhein.-West. Ztg." bringt diese Thatsache mit den Beschlüssen des Verbandes „Glückauf" in Verbindung. Am Nachmittag zeigte der Ausstand eine erhebliche Abnahme. Auf den Schächten der Zeche „Hannover" von Friedrich Krupp arbeiteten von 400 Mann der Mittags-Belegschaft 304. Auf der Zeche „Hagenbeck" bei Allendorf fuhr die Nachmittagsschicht fast vollzählig an. Auf dem Schacht „Wolfsbank" vom Essener Bergwerksverein ist ein Drittel der Belegschaft, auf Schacht „Wilhelm" von der Zeche Königin Elisabeth bei Essen sind von 148 Mann 83 angefahren. Im Dortmunder und Gelsenkirchener Revier ist Alles ruhig. — Die Firma Friedrich Krupp hat erneut die Aufforderung an die Arbeiter ihrer Zeche „Hannover" ergehen lassen, am Dienstag wieder anzufahren, widrigenfalls sie als entlassen betrachtet würden.

Die Anzahl der streikenden Bergleute belief sich gestern auf etwa 15,000.

Im Bezirke Gelsenkirchen ist die Aufforderung zum allgemeinen Streik nicht befolgt worden; abgesehen von den Zechenbelegschaften, die bereits streikten, ist gestern die Morgenschicht und die Mittagsschicht überall angefahren.

Der „Köln. Volksztg." wird aus Saarbrücken gemeldet, daß die Führer der Bergarbeiter Warken und Thane ohne Auftrag in Bochum waren. Das ganze dortige Revier ist einem Streik abgeneigt.

Nach einer Meldung der Köln. Z. aus Dahlhausen ist der Bergmann Bauer (Weitmar) wegen Aufreizung zum Ausstand verhaftet worden.

In der Versammlung des katholischen Arbeitervereins, welche am Sonntag in Mülheim Rh. stattfand, kam es zu einem heftigen Zusammenstoß mit den Sozialdemokraten, die, etwa 700 Mann stark, unter Führung Wolderskys (Köln) einen derartigen Tumult erhoben, daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Die Polizei trieb die rasende Menge auseinander. Die Sozialdemokraten stürmten, die Marseillaise singend, bis zum Vorstandstische vor.

Der „Köln. Z." zufolge betrug die Kohlenförderung des Oberbergamtsbezirks Dortmund im ersten Quartal d. J. 8,917,386 Tonnen, gegen den gleichen Zeitraum im v. J. um 114,772 Tonnen weniger; der Bestand am Schluß des Quartals ist um 25,250 Tonnen mehr. Die Arbeiterzahl beträgt 134,642 gegen 124,446 im v. J.

In Brüssel fand am Sonntag eine Versammlung der Delegirten der zum belgischen Nationalverbande gehörenden Bergarbeiter statt; dieselbe nahm eine Resolution an, in welcher sich dieselben in den Bestrebungen zur Erreichung des achtstündigen Arbeitstages mit den deutschen Bergarbeitern solidarisch erklären und sich verpflichten, sobald in Deutschland der allgemeine Streik eintrete, auch in Belgien denselben durchzuführen. Außerdem erklärte die Versammlung, daß der Ausstand auch in den Dienst der Bestrebungen zur Herbeiführung des allgemeinen Wahlrechts in Belgien gestellt werden solle.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

109. Sitzung vom 27. April, 12 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung der Zuckersteuervorlage.

Die Berathung der Kommission hat bekanntlich ein negatives Resultat gehabt und zu dem Antrage auf Ablehnung der Vorlage geführt, so daß der zweiten Lesung die Regierungsvorlage zu Grunde liegt.

Dieselbe will aus dem bisherigen Zuckersteuersystem die Materialsteuer beseitigen und in Zukunft nur eine Verbrauchssteuer, die von 12 auf 22 M. erhöht werden soll, bestehen lassen; zugleich sollen auch die Exportprämien in Fortfall kommen. Doch soll von Inkrafttreten des Gesetzes — am 1. August 1892 — bis zum 1 August 1895 eine dreijährige Uebergangsperiode stattfinden, in welcher eine offene Exportprämie von 1 M. gewährt und eine Verbrauchsabgabe von nur erst 20.75 M. erhoben wird.

Hierzu liegt ein Antrag v. Stolberg-Wernigerode (kons.) u. Gen. vor: die Uebergangsperiode auf 8 Jahre zu verlängern und in den ersten 4 Jahren eine offene Exportprämie von 1.50 M., in den späteren 4 Jahren von 1. M. zu gewähren und die Verbrauchsabgabe auf 18 M. festzusetzen.

Ein freisinniger Antrag Dr. Witte u. Gen. will dagegen das Gesetz schon mit dem 1. August dieses Jahres in Kraft treten lassen und alle Uebergangsbestimmungen beseitigen, also die Exportprämien gleichfalls sofort aufheben, ferner die Verbrauchsabgabe nur auf 16 M. erhöhen.

Referent Abg. Buhl begründet den Kommissionsbeschluß auf Ablehnung der Vorlage. Im Prinzip habe die Kommission dem § 1, der Beseitigung der Materialsteuer und Exportprämien zugestimmt, habe aber sich nicht darüber einigen können, was an die Stelle des bisherigen Systems der Besteuerung treten soll.

Die Berathung beginnt zunächst über § 1 (Aufhebung der Rübensteuer).

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Maltzahn: Wir werden abwarten müssen, ob und inwieweit der Reichstag dieser Vorlage zustimmen, oder welche Veränderungen er an derselben treffen wird. Die Verantwortung wird bei der veränderten Sachlage nicht die verbündeten Regierungen, sondern den Reichstag treffen. Wir wollen mit dem bisherigen System der Materialsteuer brechen, weil wir im Reiche stetig steigenden Ausgabebedürfnissen gegenüberstehen, die Rübensteuer aber eine entschiedene Tendenz zum Defizit hat, sodaß bei der Beibehaltung des jetzigen Systems für die Reichskasse keine dauernde Mehreinnahme, sondern im Gegentheil ein Zurückgehen zu erwarten ist. Wir mußten uns um so mehr für das ausschließliche System der Verbrauchssteuer entscheiden, weil das System der Rübensteuer die deutsche Zuckerproduktion jetzt in einen Zustand versetzt hat, wo es aufgehört hat, segensreich zu wirken, und im Gegentheil bedenkliche Konsequenzen zeigt. Den gegenwärtigen Moment halten wir für einen besonders günstigen, weil das Bedürfniß der Reichskasse augenblicklich nicht sehr dringend ist, sodaß wir durch Uebergangsbestimmungen die Industrie schonen können, was in einer späteren Zeit nicht möglich sein würde. Man hat nun vor einem zu schroffen Uebergang gewarnt mit der Motivirung, daß dieser die deutsche Zuckerindustrie schutzlos der Konkurrenz des Auslandes preisgebe. Allein richtig aber ist der Standpunkt: ist es zulässig, ein weiteres durch die Verhältnisse von Bedarf und Nachfrage nicht gebotenes Anwachsen unserer Zuckerindustrie durch Staatszuschüsse noch zu begünstigen? (Sehr richtig! links.) Diese Frage muß aber verneint werden. Die Menge der verarbeiteten Rüben ist von 14 Millionen Doppel-Centnern in 1881/82 auf 62,7 Millionen in 1887/88, 79 Millionen in 1888/89, über 98 Millionen in 1889/90 und ungefähr 106 ½ Millionen in 1890/91 angewachsen. Die Zuckerproduktion ist von 1,861,000 Doppel-Centnern in 1881/72 auf 13,374,000 Centner im laufenden Jahre gestiegen. Der Inlandskonsum beträgt aber nur 4¼ Millionen, der Ueberschuß wird für das Ausland produzirt. Eine ähnliche Produktionssteigerung findet in den anderen Konkurrenzländern statt. Die Produktionssteigerung erfolgt in schnellerem Tempo als die Steigerung der Konsumtion, und so wächst die Größe der Gefahr eines allgemeinen Krachs. Das ist mitbestimmend gewesen, in diesem Augenblicke der deutschen Zuckerindustrie durch diese Vorlage einen Warnungsruf angedeihen zu lassen.

An Exportprämien sind seit 1877/78 213,243,873 M. gezahlt worden. Die Zuckerindustrie bestreitet, daß dieser Betrag ihr voll zugeflossen sei; sie kann aber nicht bestreiten, daß ihn die Inlandssteuerzahler ohne Aequivalent zugunsten der Zuckerproduktion haben aufbringen müssen. Dieser Vortheil der Zuckerproduktion beschränkt sich nicht blos auf den Baarzuschuß, welcher für den exportirten Zucker über die Rübensteuer hinaus gezahlt wird, sondern auch darauf, daß dieser Ueberschuß im Inlandspreise sich ausdrückt. Man kann das natürlich nicht zahlenmäßig berechnen, es läßt sich aber mit der Exportprämie zusammen auf 380 bis 440 Millionen schätzen. Derartige Zuschüsse kann kein Staat, weder Deutschland noch unsere Konkurrenzländer dauernd einer Industrie leisten, wenn die finanziellen Bedürfnisse des Staates steigen, und die Industrie inzwischen imstande ist, auf eigenen Füßen zu stehen.

Bei einem inländischen Konsum von 5 Mill. Doppelcentner produzirt unsere Zuckerindustrie 13 Mill. und nimmt mit 8 Mill. auf dem Weltmarkt den ersten Rang ein. Diese Stellung zu behaupten, genügt nach Ansicht der Regierung eine Uebergangszeit von 4 Jahren. Wir hoffen mit Bestimmtheit, daß unsere Konkurrenzländer uns inzwischen folgen werden. Die Höhe der bisher gezahlten Prämien ist aber andererseits eine so erhebliche, daß ein plötzliches Abschneiden eines solchen Zuschusses ohne jeden Uebergang sehr gefährlich sein würde. Deshalb muß ich jedem darauf zielenden Antrage entschieden widersprechen.

Die Regierungen wünschen dringend, daß über diese Vorlage in dieser Session eine annehmbare Verständigung erzielt werden möge. Wir wünschen das nicht nur im Interesse der Reichskasse, sondern vor allem im Interesse der deutschen Zuckerindustrie, weil wir befürchten, daß, wenn diese Verständigung jetzt nicht erzielt wird, in späteren Jahren zwingendere Verhältnisse vorliegen können, welche für die deutsche Zuckerindustrie eine wesentlich ungünstigere Gestaltung des Uebergangs in neue Verhältnisse zur Folge haben werden.

Abg. Fürst Hohenlohe (Reichsp.) beklagt, daß man mit einer Reform der Zuckersteuer vorgehen will, während durch die noch immer geheim gehaltenen Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Oesterreich die Landwirthschaft ohnedies schon beunruhigt sei. Seine Fraktion werde jedoch zur Abschaffung der Materialsteuer bereit sein unter der Voraussetzung, daß die Landwirthschaft und die Zuckerindustrie nicht dadurch geschädigt werden. Bedauerlich sei es, daß der Landwirthschaftsminister von Preußen sich an den Kommissionsverhandlungen nicht betheiligt habe. Redner sucht nachzuweisen, daß auch der kleine Landwirth ein wesentliches Interesse an der Zuckerindustrie habe, auch die Frage der Auswanderung im Osten hänge damit zusammen. Es müsse eine direkte feste Ausfuhrprämie gewährt werden; so lange dies in Frankreich der Fall sei, könne auch die deutsche Zuckerindustrie darauf nicht verzichten. Er beschränke sich auf die Prämienforderung des Antrags Stolberg, der eine Prämie von nur 10 Millionen pro Jahr bedeute, während die Prämie im letzten Jahre 21 Millionen betragen habe.

Abg. v. Bennigsen (nl.): Die Regierung scheint sich bei dieser Vorlage der Bedeutung der Zuckerindustrie für das wirthschaftliche Leben und für die Landwirthschaft nicht voll bewußt gewesen zu sein. Ueberrascheden ist die Vorlage jedenfalls gekommen; nachdem 1887 eine so weitgehende Veränderung in der Zuckersteuer eingetreten war, konnte man wohl erwarten, daß man einige Jahre länger abgewartet hätte, und zwar um so eher, als die finanziellen Ergebnisse aus dem damals eingeführten gemischten System sogar die Hoffnung der Regierung übertroffen haben. Noch vor kurzer Zeit bestand die Anschauung, daß man nur auf dem Wege der Konvention die Prämien abschaffen könne. Die Verhandlungen aber sind gescheitert, und die Aussichten sind seitdem nicht besser geworden. Wenn man der Schatzsekretär erwartet, daß die französische Regierung durch das Vorgehen Deutschlands ihrerseits zur Abschaffung der Prämien bewogen werden würde, so steht das im Widerspruch mit den bisher in solchen Dingen gemachten Erfahrungen, mit der Taktik, die die Regierung sonst einzuhalten hat. Man irrt sich, wenn man glaubt, daß Frankreich unser Vorgehen nachahmen wird. Wir erleichtern den Franzosen durch die Abschaffung der Prämien ein solches Vorgehen nicht, und darin liegt eine ernsthafte Gefahr für unsere Industrie und für unsere Stellung auf dem londoner Weltmarkt. Frankreich, welches lange zurückgeblieben war in dieser Industrie, hat seitdem es in der Mitte der achtziger Jahre unser System annahm, geometrisch progressiv wachsende Erfolge gehabt. Sie haben alles das benutzt, was wir nach langen Erfahrungen zum Theil unter großen Opfern geschaffen haben: Technische, Fabrikgeheimnisse sind das nicht. In wenigen Jahren würden die Franzosen auf der Höhe unserer Industrie sein. Die Abschaffung der Prämien würde der deutschen Industrie eine um so gefährlichere Konkurrenz schaffen. Aber es würde auch eine bedenkliche Rückwirkung auf die Landwirthschaft haben. Denn wenn die Industrie gerüthigt wird, ihre Produktionskosten einzuschränken, wird sie das Rohmaterial niedriger bezahlen müssen. Die Folge davon wird sein, daß in manchen Gegenden der Rübenbau bedeutend eingeschränkt oder ganz eingestellt werden wird. (Hört, hört! rechts.) Die Regierung führt als Grund für ihre gegen das vorige Jahr so veränderte Stellungnahme das steigende Ausgabenbedürfniß des Reichs und die Ueberproduktion an. Um Mehreinnahmen zu erzielen, braucht man doch nicht so radikal zur reinen Konsumabgabe überzugehen. Man könnte ganz gut auf der Grundlage des Gesetzes von 1887 vorgehen, die Prämien etwas verringern und dazu noch die Konsumabgabe erhöhen. (Sehr richtig! rechts.) Eine unberechtigte Ueberproduktion besteht aber gar nicht. Sie steht im Verhältniß zu dem Zuwachsen der Bevölkerung und ihrer größeren Konsumfähigkeit, die wir entweder jetzt schon erlebt haben, oder in den nächsten Jahren erwarten müssen. Man sagt, daß die Prämien künstlich den enge

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910429012/fragment/page=0002

lichen Konsum verbilligen, zugleich aber den inländischen verthuern. (Abg. Dr. Barth: Sehr richtig!) Das ist doch ein toller Widerspruch. Wenn um den Prämienbetrag der Weltpreis sich niedriger stellt, kann doch der inländische Zucker um denselben Prämienbetrag nicht theurer werden. Man verliert aus den Augen, welchen Preis der Zucker seit fünfzig Jahren gehabt hätte, wenn wir nicht unsere Rübenwirthschaft gehabt hätten. Da wäre der Preis für den kleinen Mann unerschwinglich gewesen. Gerade die Prämien haben unsere Industrie erzogen, welche es möglich machten, daß der Preis für Zucker in den letzten Jahren erheblich gesunken ist.

Wir werden den § 1 annehmen, aber nur mit dem Vorbehalt, daß es gelingen wird, in der zweiten oder dritten Berathung sich über diejenigen Bestimmungen zu einigen, welche einen genügenden Uebergang enthalten für den Eintritt in diese radikal veränderten Verhältnisse. Sollte das nicht der Fall sein, so werden meine Freunde in der dritten Lesung gegen den § 1 und gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Dr. Witte (freis.): Nach dem wunderbaren Angriffsfelde, das der Vorredner gegeben, muß ich doch gegen meine Absicht zu § 1 sprechen. Ich bedaure, daß die Regierung nicht klare Stellung zu der Frage genommen. Ich will heute nur hervorheben, daß die Betonung des finanziellen Gesichtspunktes gegenwärtig keine glückliche ist. Dagegen bin ich der Meinung, daß die großen Nachtheile die Regierungen veranlassen müßten, diese Reformvorlage einzubringen. Niemand kann lebhafter von dem Zusammenhang von Landwirthschaft und Zucker-Industrie überzeugt sein als ich — aber eine Schädigung der Landwirthschaft durch diese Vorlage kann ich nicht erblicken. Was man in dieser Beziehung gesagt hat, war Uebertreibung. Wir haben seit 1888 ein neues Zuckersteuergesetz, welches die Prämien um die Hälfte herabgesetzt hat, ohne daß das für die Landwirthschaft irgend einen Nachtheil gebracht hat. Der Rübenpreis ist nicht gefallen, er ist im Durchschnitt derselbe, 1 M. pro Ctr. — das sind katische Zahlen, da kann man uns keinen Dunst vormachen. (Widerspruch rechts.) Und ich bin überzeugt, daß auch die neue Reform für die Landwirthschaft keine schlechten Folgen haben wird. Herr v. Bennigsen irrt sich über die Zuckerindustrie Frankreichs — ich werde ihn das bei späterer Gelegenheit nachweisen. Daß die Ausfuhrprämien auf die Weltmarktpreise drückend gewirkt haben, ist ja klar, aber die Inlandspreise haben sie erhöht. Schaffen wir aber, und zwar ohne Uebergang, die Prämien ab, so werden die Weltmarktpreise steigen und wir werden zu einer endlichen Gesundung kommen. Deshalb werden wir für § 1 stimmen. (Beifall.)

Abg. Graf Udo Stolberg (kons.) befürwortet kurz seinen Antrag.

Reichskanzler v. Caprivi: Es stehen in dieser Frage Ansicht gegen Ansicht, Erfahrungen gegen Erfahrungen sich gegenüber. Ich werde nur kurz den Standpunkt der verbündeten Regierungen darlegen. Für das Entgegenkommen, das Abg. Fürst Hatzfeld aussprach, kann die Regierung nur dankbar sein, selbst wenn das Entgegenkommen nicht so weit ginge, als sie das von ihrem Standpunkt aus für wünschenswerth oder erforderlich hält. Ich möchte andererseits aber wiederholt vor allen Beunruhigungen, wie sie Fürst Hatzfeld aussprach, soweit sie eine thatsächliche Grundlage nicht haben, warnen. Für die mehrfach ausgesprochene Behauptung, die Regierungen scheinen die Interessen der Landwirthschaft nicht sorgsam genug zu pflegen, möchte ich doch um den Beweis bitten. Die Regierungen sind von der Wichtigkeit der Landwirthschaft so überzeugt, wie vielleicht niemand im Hause. Keine ihrer Handlungen kann zu einem solchen Vorwurfe Veranlassung geben. Wenn der künftige deutsch-österreichische Handelsvertrag hier zur Sprache kommen wird, werden wir nachweisen können, daß eine Schädigung der Landwirthschaft von seiten der Regierung nicht beabsichtigt worden ist, daß sie auch voraussichtlich durch das, was sie thut, nicht eintritt. (Hört! hört! links). Ich könnte Zeugnisse dafür anführen, welche von einer großen Steigerung der Zuckerindustrie Gefahren erwarten, aber ich will mich auf die Versicherung beschränken, daß die Regierungen sich das Interesse der Landwirthschaft sehr warm angelegen sein lassen. Natürlich sind hier auch die Stimmen der Landwirthschaftsminister zur Geltung gekommen, und ich habe weder für Preußen noch für einen andern Staat Grund zu der Annahme, daß der Landwirthschaftsminister nicht rechtzeitig gehört worden wäre. Die Frage der Auswanderung liegt der Regierung gewiß sehr nahe am Herzen, und Sie können überzeugt sein, daß alles, was geschehen kann, auch geschehen wird, um die Auswanderung in solche Bahnen zu lenken, daß unser Ackerbau lebensfähig bleibt. Die Vorlage soll auch überraschend gekommen sein, und die Regierungen sollen sich ihrer Bedeutung nicht voll und ganz bewußt gewesen sein. Ich habe auch den Beweis hierfür vermißt. Sie ist bereits unter meinem Amtsvorgänger beschlossen worden (hört! hört!), sodaß von einem System keine Rede sein kann.

Der Standpunkt der verbündeten Regierungen ist nun der, daß sie von der Nothwendigkeit einer Aenderung des bestehenden Zustandes überzeugt sind und an dieser Ueberzeugung festhalten. Die Regierung hält die von ihr eingebrachte Vorlage noch heute für das Beste. Wenn sich aber für dieselbe keine Majorität finden würde, so wird sie geneigt sein, nach wie vor in Verhandlungen einzutreten. Ich glaube, daß es den verbündeten Regierungen sehr schwer sein würde, in eine Verlängerung der Prämie in aeternum zu willigen. Damit würde der Zweck dieser Vorlage nicht erreicht. Wenn wir mit einer beschränkten Zeit anfangen, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß andere Staaten unserem Vorgehen folgen werden. Ich halte es also nicht für wahrscheinlich, daß die verbündeten Regierungen sich auf eine feste Prämie in aeternum verstehen werden, und auch nicht, daß sie wirklich unter den Ertrag der Konsumsteuer heruntergehen, welche die Regierungsvorlage bietet. Wenn auch die finanzielle Lage nicht eine günstige ist, so werden wir doch einmal vor der Möglichkeit stehen, Mehreinnahmen haben zu müssen. Ob dieser Zeitpunkt in diesem Jahre oder im nächsten oder in zwei Jahren eintritt, ist nicht abzusehen, daß er aber kommen wird, ist zweifellos. Wir brauchen Geld für die Alters- und Invalidenversicherung, für die Erhöhung der Beamtengehälter, und auch die natürliche Entwickelung der Dinge bringt eine Steigerung der Ausgaben mit sich in den großen Etats des Heeres und der Marine. Wir haben schon jetzt eine Militairpensionsgesetznovelle festgestellt, die wir Ihnen in dieser Session wegen der Geschäftslage des Hauses noch nicht zugestellt haben, das macht auch eine Mehrausgabe von 1 Million. Aber auch abgesehen von allen diesen Dingen muß man an eine langsame Steigerung der Einnahmen denken. Oft genug ist die Klage laut geworden, daß in der Finanzwirthschaft des Reiches ein zu großer Theil der Ausgaben auf Anleihen genommen werde, und daß der Amortisation der Reichsschuld bisher nicht eine hinreichende Sorge zutheil würde. Sodann haben die verbündeten Regierungen noch das Motiv in Betracht gezogen, das es wünschenswerth ist, die wirthschaftlich Schwächergestellten zu entlasten.

Vom wirthschaftlichen, politischen und finanziellen Standpunkt aus glaube ich also nicht, daß die verbündeten Regierungen von der Vorlage zurücktreten werden. Ich halte es für wahrscheinlich, daß, wenn in diesem Jahre, was ich übrigens bestimmen würde, nichts zu stande käme, die verbündeten Regierungen genöthigt sein würden, in der nächsten Tagung noch einmal mit dieser oder einer ähnlichen Vorlage vor das Haus zu treten. Ich würde Sie also bitten, wenn Sie nicht zu einem Entschlusse kommen können, wenigstens nichts zu thun, was der endlichen Erledigung dieser Vorlage in dieser Sitzung präjudiziren würde.

Abg. Ulrich (Soz.) führt aus, es handle sich bei der Zuckerindustrie gar nicht mehr um einen landwirthschaftlichen Betrieb, sondern um einen Industriebetrieb. Die ganze Zuckersteuer-Prämienwirthschaft sei nur ein Glied in der Politik des Fürsten Bismarck, in der Politik, Millionäre zu züchten. Die Regierung gehe mit ihrer Vorlage nicht weit genug. Seine Partei wolle weder eine Material-, noch eine Konsumsteuer.

Staatssekretär v. Maltzahn bemerkt dem Vorredner, daß das System der Exportprämien die große Bedeutung der deutschen Zuckerindustrie geschaffen hätte und daß diese Industrie nicht nur den Reichen und Adligen, wie der Vorredner meinte, sondern in hohem Maße auch den Arbeitern zugute käme. Jetzt aber, wo dieses System Nachtheile bringe, halte die Regierung den Zeitpunkt für gekommen, das System aufzuheben.

Abg. Graf Hoensbroek (Centr.) erklärt, seine Fraktion werde für § 1 stimmen und im Laufe der weiteren Verhandlungen versuchen, einen Uebergang zu schaffen und zu vermitteln zwischen dem Interesse der Reichsfinanzen und dem der Zuckerindustrie.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) erwidert dem Reichskanzler, daß in der That Beunruhigungen darüber bestanden, ob die vom Fürsten Bismarck geschaffene Schutzzollpolitik fortgeführt werden wird. Er werde gegen den Antrag Hatzfeld stimmen. Die Interessen der Landwirthschaft seien identisch. Wenn er jetzt für die Aenderung der Zuckersteuer eintreten werde, so sei zu befürchten, daß seinerzeit auch die Zuckerinteressenten für eine Aenderung der Branntweinsteuer sein würden. Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Witte über die Rentabilität des Rübenbaues. Die Zuckerindustrie habe nicht Millionäre gezüchtet, sie habe die Wohlhabenheit allgemein gefördert. (Widerspruch.) Hoffentlich werde es dem Reichskanzler gelingen, den Bauernstand, auf dem die Kraft des Reiches beruhe, zu erreichen.

Abg. Dr. Barth (freis.): Die Herren sind erregt darüber, daß eine Reform gemacht werden soll mit sprechen von Beunruhigung, und doch haben dieselben Herren Protektionisten seit 12 Jahren keine Session vorüber gehen lassen, ohne durch Zollerhöhungen Beunruhigungen zu schaffen. — Es dürfen für uns weder die Interessen des Fiskus, noch der Zuckerindustriellen, noch der Steuerzahler allein maßgebend sein, wir müssen eine Vereinigung dieser Interessen herbeizuführen versuchen, während Herr v. Kardorff ganz offen hier von Zuckerinteressenten, von Branntwein-Interessenten im Reichstage spricht. (Beifall links.) Wir können die protektionistische Wirthschaft des letzten Jahrzehntes nicht weiter führen. Und die Länder, die von jenem protektionistischen System sich frei gemacht haben, befinden sich sehr wohl dabei. Die Herren sagen selbst, daß der Weltmarktpreis um die Prämie verringert wird — dann ist es doch aber wirklich ein unsinniger Unfug, diese Prämien weiterzuzahlen. Wir haben durch die Prämien den Weltmarkt demoralisirt. Die Preisbildung auf dem Weltmarkt ist völlig abhängig davon, wie Deutschland den Preis gestaltet und deshalb sind die Prämien nichts als eine blinde Vergeudung von Mitteln. — Die Regierungen haben in erster Linie das reichsfinanzielle Interesse betont. Bei einer solchen Reform wäre es besser gewesen, nicht gleich mit fiskalischen Interessen zu beginnen. Die wahren Interessen der Zuckerindustrie erfordern die sofortige Aufhebung der Prämien und gleichzeitig, daß man die Verbrauchssteuern nicht erhöht. (Beifall.)

Staatssekretär v. Maltzahn erwidert dem Vorredner, daß der in der Vorlage geforderte Steuersatz geringer sei als die gegenwärtige Belastung.

Abg. v. Standy (kons.) erklärt, daß er mit einem Theil seiner Freunde mit Rücksicht auf die Interessen der Landwirthschaft gegen die Vorlage stimmen werde. Die Vorlage würde nur der französischen Zuckerindustrie Vortheil bringen.

Abg. Heine (Soz.) erwidert dem Abg. v. Kardorff, daß die Kleinbauern längst von den Zuckerbaronen verschluckt wären. Die Löhne der Arbeiter in den Zuckerfabriken seien zu gering, es sei unmöglich, davon eine Familie zu ernähren.

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Maltzahn giebt dem Vorredner den Vorwurf der Unkenntniß zurück, da er behauptet habe, Naturallöhne würden den landwirthschaftlichen Arbeitern nicht mehr gegeben. Im Osten herrsche gerade die Naturallöhnung vor.

Die Diskussion wird geschlossen.

§ 1 der Regierungsvorlage wird hierauf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, eines Theils der Konservativen und Mitglieder der Reichspartei angenommen, ebenso en bloc die §§ 3—63 (Kontrolle und Strafbestimmungen; Steuertechnische Sachen).

Die Berathung des § 2 (Konsumsteuer) ist ausgesetzt bis nach der Berathung des § 67 (Uebergangsbestimmungen).

Das Haus vertagt sich hierauf.

Präsident v. Levetzow theilt sodann mit, daß am Dienstag 11 Uhr die Leichenfeierlichkeiten für den Generalfeldmarschall v. Moltke im Generalstabsgebäude stattfinden, von wo aus die Leiche nach dem Lehrter Bahnhof übergeführt wird. Wegen beschränkten Raumes könne aber an der Feierlichkeit nur eine Deputation derselben beiwohnen, während es allen Mitgliedern freistehe, an dem Zuge nach dem Bahnhofe theilzunehmen. Mit Rücksicht auf die Feierlichkeit findet die nächste Sitzung erst Mittwoch 11 Uhr statt. (Fortsetzung der heutigen Berathung).

Schluß 4¾ Uhr.

Preußischer Landtag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung vom 27. April, 11 Uhr.

Die Ges.-E. betr. die Veränderung der Grenzen einiger Kreise in den Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Sachsen, Hannover und der Rheinprovinz und betr. die Form der schriftlichen Willenserklärungen der Presbyterien der evangelischen Gemeinden in der Provinz Westfalen und in der Rheinprovinz, sowie die Kirchenverfassungsnovelle für die acht älteren Provinzen werden debattelos in dritter Lesung angenommen.

Darauf wird die erste Berathung der Rentengutsvorlage fortgesetzt.

Abg. v. Below-Saleske (kons.) erklärt, seine Partei habe Sympathie für die Vorlage, welche ein kräftiger Schritt vorwärts nach langem Stillstande auf agrarpolitischem Gebiete sei. Es sei die höchste Zeit gegenüber der chronischen Entvölkerung des Landes. Das Eingreifen des Staates sei hier nicht bedenklich, denn es sei ja nicht mehr der Racker von Staat, der Polizeistaat, sondern ein zu kontrollirender Staat, dem gegenüber das Steuerbewilligungsrecht und die Selbstverwaltung stehe. Wohin das freie Spiel der Kräfte führe, zeigten die Klinge (Abg. Rickert: Sind die Folgen der Schutzzölle?) Redner polemisirt gegen den Artikel der „Freisinnigen Zeitung", welcher einen Widerspruch konstruiren wolle zwischen den einstigen Aufgaben der Rentenbanken, die den Landwirth frei machen wollten, und den jetzigen, die ihn fesseln wollten. Der Kleinbesitz solle freigemacht werden von dem Einfluß der kündbaren Hypotheken, die viel rücksichtsloser vorgingen wie die alten Feudalherren. Den Einwänden der Freisinnigen gegen die Vorlage hält Redner entgegen, daß wenn der Himmel einstürze, er auch die Spatzen todtschlagen müsse. Das einzige Hauptbedenken, das er mit den Freisinnigen theile, sei das gegen die Unablösbarkeit einer Quote. Wenn diese Bestimmung beseitigt werde, sei die Vorlage freudig zu begrüßen.

Abg. Dr. Sattler (nl.) hat prinzipiell kein Bedenken gegen die Unablösbarkeit, ist aber doch im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes auch nicht gegen die Streichung des bezüglichen § 4.

Abg. Brandenburg (Ctr.) spricht sich in ähnlichem Sinn aus, wogegen

Abg. Dr. Gerlich (fk.) erhebliche Bedenken gegen das Risiko, das der Staat durch die Vorlage auf sich nimmt, äußert.

Die Vorlage geht schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen wird darauf ein Antrag Schulz-Lupitz (fk.) auf Errichtung einer Versuchsanstalt für Pflanzenschutz der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Ein weiterer Antrag Schulz-Lupitz auf Verlegung des Buß- und Bettages wird nach einer entgegenkommenden Erklärung des Kultusministers Frhrn. v. Zedlitz-Trützschler zurückgezogen, dafür aber eine Resolution Seer angenommen, bei der Reichsregierung um Einführung eines für ganz Deutschland gemeinsamen Buß- und Bettages vorstellig zu werden.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung).

Schluß 2¼ Uhr.

Herrenhaus.

15. Sitzung am 27. April, 11 Uhr.

Oberbürgermeister Dr. Baumbach ist in das Haus eingetreten.

Die Berathung des Einkommensteuergesetzes wird fortgesetzt.

Die §§ 18—23 werden unverändert angenommen.

Bei § 24 (Deklarationspflicht) bittet

Oberbürgermeister Strucknann, trotzdem er diesen Bestimmungen früher nicht freundlich gegenüber gestanden habe, nunmehr die Deklaration gleichmäßig für alle Einkommen in aller Schärfe durchzuführen, damit nicht die leicht durchsichtigen Einkommen gegenüber den übrigen benachtheiligt würden. Damit der Standpunkt der Fiskalität nicht allzustark hervortrete, sei es auch wünschenswerth, nicht den Landrath, der über Einkommensverhältnisse in seinem Kreise allgemein instruirt sei, sondern einen Regierungskommissar zum Vorsitzenden der Einschätzungskommission zu machen.

Finanzminister Dr. Miquel hält diesen Ausführungen des Vorredners die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses entgegen, in welchem die von ihm angezegten Fragen so eingehend behandelt worden seien, daß es nicht möglich sei, etwas Neues darüber zu sagen. Bei der ersten Veranlagung solle die Deklarationspflicht mit aller Strenge gehandhabt und auch auf solche Personen ausgedehnt werden, die bisher weniger als mit einem Einkommen von 3000 M. zur Steuer veranlagt worden seien.

§ 24 wird angenommen, ebenso §§ 25—29.

§ 30 bestimmt u. a., daß wer innerhalb 4 Wochen nach einer nochmals an ihn ergangenen Aufforderung die Steuererklärung nicht abgebe, einen Zuschlag von 25 Proz. zu der veranlagten Steuer zu zahlen habe.

Oberbürgermeister Dr. Baumbach hält diese Bestimmung, welche durch das Abgeordnetenhaus neu eingefügt sei, für eine außerordentliche Verschärfung der Regierungsvorlage, sie führe den Deklarationszwang ein. Die Steuerzahler würden diesen Zuschlag als Strafe auffassen. Die Regierung habe einen solchen Zwang nicht für nothwendig erachtet und auch in Sachsen, auf das man sich bei diesem Gesetze so viel berufe, bestehe dieser Zwang nicht. In sehr vielen Fällen sei eine genaue Deklaration gar nicht möglich, trotz redlichen Willens. Man dürfe aber selbst da, wo sie möglich sei, aber doch nicht gemacht werde, nicht die Zumuthung stellen, seine Geschäftsgeheimnisse preiszugeben, denn die Diskretion könnte beim besten Willen nicht bewahrt werden. Man würde auch zum Ziele kommen, wenn man es bei der Deklarationspflicht beließe, ohne den Zwang einzuführen.

§ 30 wird angenommen, ebenso ohne bemerkenswerthe Erörterung §§ 31—70.

Zu § 77 (Wahlcensus) wird unter Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse der niedrigere Census in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Der Rest der Vorlage wird nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen. In der Schlußbestimmung gelangt darauf die ganze Vorlage mit großer Mehrheit zur Annahme.

Das Erbschaftssteuer- und Gewerbesteuergesetz werden ohne wesentliche Debatte nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Wegeordnung für Sachsen und Landgemeindeordnung.)

Ausland.

Oesterreich-Ungarn. Die Adreßkommission des Herrenhauses hat den von Grafen Falkenhayn vorgelegten Adreßentwurf einstimmig genehmigt. Ebenso wurde Graf Falkenhayn einstimmig zu Referenten gewählt. Die Adresse ist eine politisch vollkommen farblose Umschreibung der Thronrede. Wie in letzterer heißt es auch in der Adresse:

„In patriotischer Selbstverleugnung werden die Wünsche der einzelnen Parteien bei gegenseitiger Achtung ihrer Standpunkte zurücktreten, und alle sich in sorgfältiger, rein sachlicher Erwägung der von der Regierung eingebrachten Anträge auf einem gemeinsamen Boden zu vereinen haben."

Ueber den böhmischen Ausgleich sagt die Adresse:

„Das Herrenhaus begleitet die Bestrebungen der Regierung in einer in den Wirkungskreis des Landtages gehörenden Angelegenheit eine Ausgleichung bestehender Gegensätze herbeizuführen, mit seinen wärmsten Wünschen für den Erfolg."

Die Adresse betont ferner die Nothwendigkeit, den Aufbau der gesellschaftlichen Zustände auf der segenbringenden Grundlage echter christlicher Nächstenliebe zu fördern, und hebt an anderer Stelle hervor, daß diese wichtigste Grundlage menschlicher Gesittung nur durch eine religiös-sittliche Erziehung und einen entsprechenden Unterricht gewonnen werden kann.

Bei der am Montag im Abgeordnetenhause fortgesetzten Berathung über den Antrag Hajek auf Abänderung der Gewerbeordnung traten Gaßeder, Katzl, Lueger für die Ausdehnung der Sonntagsruhe ein. Letzterer befürwortet zugleich die Trennung der Gewerbekammer von der Handelskammer. Sigmund und Menger vertheidigen die Liberalen gegen den Vorwurf, den Niedergang des Kleingewerbes verschuldet zu haben. Während der Liberale Siegmund sprach, störte der Antisemit Schneider durch Zwischenrufe, weshalb er von liberaler Seite wiederholt zur Ordnung gerufen wurde. Als Schneider neuerdings störte, rief ihm der Abgeordnete Rabbiner Bloch zu: „Benehmen Sie sich anständig!" Schneider replizirte: „Sie gehören nach Kolomea" (Wahlort Blochs). Darauf Bloch: „Und Sie gehören ins Zuchthaus! Sie sitzen nur mit Nachsicht des Staatsanwalts hier." Der Minister Bacquehem, der in der Nähe stand, trat eiligst zurück, um nicht in die Scene verwickelt zu werden. Minister Prazak fragte gleichfalls den sich entfernenden Bloch: Was war denn das? Bloch erwiderte: Sie wissen ja, Excellenz, daß dieser Mann es nur der Rücksicht des Staatsanwalts verdankt, wenn er hier im Hause sitzt. (Die Bemerkung Blochs bezieht sich auf die bekannte, wiederholt öffentlich gegen Schneider erhobene Beschuldigung, zu falschen Zeugenaussagen verleitet und Stampigliten gefälscht zu haben. Die Scene konnte von den Gallerien gesehen, aber nicht gehört werden. Auch die Steno-

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Kinder-Tragemäntel: Aus Madapolam, das Stück 4,50, 5, 5,50. Aus bestem Cöper-Cattun, das Stück 6, 6,50, 7. **J. Lewin**
In nur neuen, garantirt waschechten Mustern, extra weit. — Reiche Auswahl. — — Saubere Ausführung. — Halle, Saale.

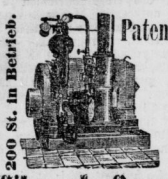
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910429012/fragment/page=0003

Betten. Fertige Betten (Oberbett, Unterbett und Kissen) per Stand 18 M., 21 M., 30 M., 36 M., 45 M., 50 M., 60 M. | **Bettfedern,** gute staubfreie Waare, per Pfund 60 Pfg., 80 Pfg., 1 M., 1½ M., 2 M., 2½ M., 3 M. etc.

Gebr. Fackenheim, Grosse Ulrichstrasse 13.

Strohhut-Wäsche
Rud. Sachs & Co.
Hoflieferanten.

Billards
werden mit eigens dazu präparirtem unzerreiß- und vorzüglich spielbarem Leder bezogen mit 10jähriger Garantie von C. Kaestner & Co., Gr. Klausstraße 8.

Neu! Der beste Neu!
Motor
Patent.
200 St. in Betrieb. Prosp. u. Attest free.

Eisenwerke Gaggenau
A. G. Gaggenau, Baden.

Pfarrer Seb. Kneipp's
leinene Gesundheits-Tricot-Wäsche.

Wir empfehlen unsere Fabrikate in **rein leinener Gesundheits-Tricot-Wäsche,** als **Hemden, Unterhosen, Jacken,** sowie **Socken** und **Strümpfe,** hergestellt aus den besten Materialien nach Angabe des hochwürd. Herrn Pfarrer Seb. Kneipp. Unsere Firma ist von Herrn Pfarrer Kneipp **allein berechtigt,** diese Unterkleider zu fabriziren, und trägt jedes einzelne Stück unsere **nebenstehende Fabrikmarke** nebst **Unterschrift** des Herrn Pfarrer **Seb. Kneipp.** Gegenstände, welche unsere Marke und Unterschrift nicht haben, sind nur Nachahmungen unseres allein berechtigten Fabrikates. Diese von uns fabrizirten und präparirten leinenen Unterkleider werden sowohl von Herrn Pfarrer Kneipp, wie von Hr. Hr. Aerzten Deutschlands und des Auslandes als das **angenehmste, beste** und **gesündeste** empfohlen und sind zu jeder Jahreszeit gleich angenehm zu tragen.

Augsburger Mechan. Tricotwaarenfabrik, vorm. A. Koblenzer, Pfersee-Augsburg.

Niederlagen unserer Fabrikate befinden sich in: **Halle** bei **J. Lewin, Erfurt** bei **Gebr. Hedemann, Nordhausen** bei **J. Frohnhausen, Osterode** bei **Fr. Habenicht, Rudolstadt** bei **E. A. Kirsten, Sangerhausen** bei **J. M. Senum, Sömmerda** bei **J. H. Schmidt, Weimar** bei **H. Zünkel, Wörishofen** bei **Friedr. Zech.** — Generalvertretung für Sachsen: **Robert J. Herz, Ulm.**

Dresdner Gasmotoren-Fabrik Moritz Hille
DRESDEN.
Prämiirt mit hohen Auszeichnungen. Prämiirt mit hohen Auszeichnungen.

Filiale: Berlin, Zimmerstrasse 77.
" Leipzig, Windmühlenstrasse 7.
" München, Reichenbachstrasse 5.

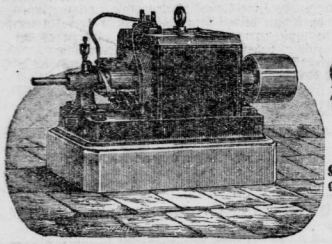
300 Arbeiter.
Patente in allen Culturstaaten.

In 4 Jahren 4000 Pferdestärken i. allen Industriezweigen i. Betrieb.

Hille's Gas- u. Petroleum-MotorModell **1890**
ist
unerreicht in **Einfachheit, Solidität, Billigkeit** und **geringstem Gas-Verbrauch.**

Jahresproduction 600 Motore

Prospecte, Zeugnisse, Kosten-Anschläge gratis.
Filiale Leipzig, Windmühlenstrasse 7. **Fr. Kutzleb,** Ingenieur.

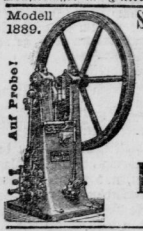
Reinhardt Lindner, Ingenieur, Halle a. S.
Vertreter der **deutschen Electricitätswerke, Aachen.**

Electrische Beleuchtungs-Anlagen
jeden Umfanges.
Kraftübertragungen mit **gleichzeitiger** Beleuchtung an **beiden** Stationen.
Maschinenanlagen.
Bedarfsartikel.
Pa. Referenzen.

Handelslehranstalt
R. Gollasch, Halle a. S., Niemeyerstraße 6, dicht am Königsplatz.
Vollständige Vorbereitung für das Comptoir. Einzel-Curse in Buchführung, Rechnen, Schönschreiben, Französisch 2c. Prospecte franco.

Bis jetzt 50,000 Stück im Gebrauch.
Die Universal-Frisir-Maschine
D.-R. Nr. 19560.

setzt jede Dame in den Stand diese beliebte Frisur mit **großer Schnelligkeit** und in **vollendeter Schönheit selbst herzustellen.**
Preis incl. Gebrauchsanweisung M. 1,25 u. 20 Pf. für Porto.
Der alleinige Fabrikant B. Simon, Berlin -W., Adalbertstr 92.

Wichtig für Hausfrauen.
Bernh. Curt Pechstein, Wollwaarenfabrikant in **Mühlhausen i/Th.,** fertigt **aus Wolle, alten gestrickten, gewebten** und **anderen reinwollenen Sachen** und **Abfällen haltbare u. gediegene Stoffe** für Damen, Herren und Kinder, sowie Stoffe zu Portieren in den modernsten Mustern bei billiger Preisstellung und schneller Bedienung. Annahme und Musterlager in **Halle a. S.** bei **Heinr. Naue, Wilhelmstraße 17.**

Modell 1889.

Auf Probe!
Sombart's Patent- **Gasmotor.**
Einfachste, billigste und geräuschlose Betriebskraft.
Ueber 1000 im Betrieb!
Mit ersten Preisen prämiirt!
Buss, Sombart & Co.,
Magdeburg (Friedrichsstadt.).

Manuscripten, botan. Etuis.
Friedr. Nietzschmann Söhne,
Reißzeugfabrik, Breitestr. 19,
empfehlen zur
Holzbrandmalerei und Kerbschnitzerei
sämmtliche Werkzeuge u. Vorlagen.
Zur Email-, Oel-, Aquarelle-Malerei
Farben, Pinsel, Terracotten, Röm. Maltuch, Zwillich etc.
Holzbrandapparate werden verliehen.
Taschenmikroskope f. Schüler.

Neu! Neu!
W. Hennig'sche
Tageslicht-Beleuchtungs-Apparate
zur **kostenlosen** Tagesbeleuchtung von dunklen Zimmern, Läden, Corridoren, Werkstätten, Kellern, Schaufenstern 2c.
Probe-Apparat zu Diensten.
Zahlreiche Referenzen. Prospecte frei.
E. G. Hahne.
Großartige Wirkung. Colossale Ersparniß.

Neu
Gustav Jacobi's Touristenpflaster gegen
Hühneraugen, harte Haut
an den Fersen und Fußsohlen. In Rollen à 75 ₰.
Depot Halle: In der **Löwenapotheke.**
Man verlange **Gustav Jacobi's Touristenpflaster.**

Stahlbahnwerke
Freudenstein & Co.
Berlin, Leipzig, Breslau, Königsberg, Dortmund, Köln, Hamburg.
Fabriken von Feld-, Forst- und Industriebahnen.
Filiale Leipzig, Plauenschestraße 2, II.
Verkauf und Vermiethungen ganzer Gleisanlagen mit allem Zubehör, Schwellen, Weichen, Schienen, Drehscheiben, Lowrys aller Arten, Lokomotiven, bewährteste Construktion für industrielle, land- und forstwirthschaftliche Zwecke
zu solidesten Preisen und coulantesten Bedingungen.
Preislisten gratis und franko.

Halle, Charlottenstr. 5
Beste Empfehlungen grösster Firmen. Schriftl. Auskünfte schnellstens.
Kostenfreie mündliche Auskünfte ertheilt der Verband der Vereine
Creditreform
den Reisenden seiner Mitglieder an allen Vereinsplätzen. 300 Vereine!
Bevollm.: **Emil Haeussler**

Zum **Clavierstimmen** empfiehlt sich
B. Döll, Georgstraße 6, II.

Grosse Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, **zwei** Kissen)
mit gereinigten neuen Federn
b. **Gust. Lustig,** Berlin, Prinzenstr. 43, p.
Preiscourante gratis und franko.
Viele Anerkennungsschreiben.

Grudeöfen
empfiehlt billigst
A. Möbius, Zapfenstr. 16.

Magic-Pocket-Lamp

mit neuester Präcisions-Vorrichtung.
Patent in allen Ländern der Welt. Eine Million im täglichen Gebrauch.
Neuestes und einzig praktisches, automatisches Taschen-Feuerzeug. General-Depot
Joh. Wolch
Berlin S.W. 47.

Badische Weine.
Gebr. Schlager
Lahr i. B.
Prämiiert auf sämtlichen beschickten Ausstellungen.
Patentkellerei seit 1876.

Wir offeriren sehr beliebte

Weissweine	Pf.
Kaiserstühler, angen. Tischwein	60
Markgräfler, feiner Tafelwein	80
Ortenauer, do. süß und kräftig	100
Durbacher, do. bouquetreich	120
Rotweine:	
Kaiserstühler, mild und angen.	100
Zeller, Ersatz f. kleine Bordeaux	120
Assenthaler, bgl. gerbstoffreich	140

Preis per Liter ohne Faß, oder per 9/4 Liter-Fl. inkl. Glas und Packung, ab Lahr gegen Kassa.
Transportgebinde leihweise.
Garantie für reine Traubenweine.
NB. Jüngere Weine von 35 Pfg. an.

Getragene Herren-, Frauen- u. Kinderkleider, Winterüberzieher, Wintermäntel, altes Gold, Silber, ganze Nachlasse, Wäsche, Betten 2c. kauft und zahlt hohe Preise **Renner,**
Leipzigerstraße Nr. 44.

Größtes Lager von
Böhmischen Bettfedern
in nur staubfreier Waare
à Pfd. 0.85, 1.25, 1.50, 1.75, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50.
Fertige Betten
mit guten Federn reichlich gefüllt,
Leute-Betten,
Ober-, Unterbett und 2 Kissen: 19.00, 21.00 u. 24.00.
Herrschaftliche Betten
von gutem Satin, roth u. gestreift: 30, 40, 50 bis 100 Mk.
Fertige Inletts
zu billigen Preisen vorräthig.
Fertige Bezüge mit 2 Kissen 4.50, 5.00, 6.00, 7.00.
Fertige Betttücher, 3 Berl. Ellen lang, 1.75, 2.00, 2.50, 3.00, 3.50.
Bettdecken weiß u. roth: 1.75, 2.00, 2.50, 3.00, 4.00.
Strohsäcke, Stück von 1.65 M an
Strohkissen, " " 0.55 "
Als Gelegenheits-Kauf
empfehle einen größeren Posten
Elsässer Hemdentuch
5 Meter für 2.00,
10 " " 4.00.
Adolf Sternfeld,
Halle a/S., Gr. Ulrichstr. 3,
Leinen- u. Baumw.-Waarenhdlg.,
Magazin für
compl. **Wäsche-Ausstattungen.**

Gardinen, Rouleauxstoffe, Portièren, Teppiche
empfiehlt in **reicher Auswahl**
H. C. Weddy-Pönicke.

Für den Inseratentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18910429012/fragment/page=0004